

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/1129/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 17.01.2019 Verfasser: FB 61/010, Dez. III						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 13.12.2018							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 712 379 739">21.02.2019</td> <td data-bbox="387 712 954 739">Mobilitätsausschuss</td> <td data-bbox="962 712 1374 739">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	21.02.2019	Mobilitätsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
21.02.2019	Mobilitätsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 13.12.2018.

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 13.12.2018

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Mobilitätsausschusses

11. Februar 2019

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.12.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal 170, Verwaltungsgebäude Marschiertor, Lagerhausstraße

Anwesende:

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsherr Jörg Hans Lindemann

Ratsherr Holger Brantin

Ratsfrau Gaby Breuer

bis 19:45 Uhr

Ratsherr Wilfried Fischer

Herr Lukas Hammerschick

Vertretung für: Ratsfrau Dr. Heike
Wolf

Herr Dennis Karrasch

Vertretung für: Ratsherr Peter Blum

Herr Arno Krott

Vertretung für: Ratsherr Heiner
Höfken

Ratsherr Kaj Neumann

MA/44/WP.17

Ausdruck vom: 12.02.2019

Seite: 1/20

Ratsfrau Ye-One Rhie

Ratsherr Markus Schmidt-Ott

Vertretung für: Ratsherr Friedrich
Beckers

Herr Matthias Achilles

Frau Marianne Conradt

Herr Franz Derichs

Herr Lasse Klopstein

Vertretung für: Herrn Harald
Siepmann

Herr Andor Schmitz

Herr Michael Schulz

Herr Jürgen Kratzenberg

Vertretung für: Herrn Rolf Winkler

Abwesende:

Ratsherr Friedrich Beckers

entschuldigt

Ratsherr Peter Blum

entschuldigt

Herr Florian Esser

entschuldigt

Ratsherr Heiner Höfken

entschuldigt

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

entschuldigt

Herr Harald Siepmann

entschuldigt

Herr Rolf Winkler

entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Müller

FB 61

Frau Ernst

FB 61

Herr Larosch

B 03

Herr Schneider

Dez. III

Herr Costard

Dez. I

Herr Beckers

FB 13

Frau Vannkann

FB 36

Frau Claßen

FB 61

Frau Radermacher

FB 20

Frau Röhl (zu TOP I/5)

Städteregion

vom Beirat:

Herr Adler ASEAG
Herr Hansen ASEAG

als Schriftführerin:

Frau Löhner FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 11.10.2018**
Vorlage: FB 61/1072/WP17

- 3 **Haushaltsplanberatungen 2019**
Vorlage: FB 61/1073/WP17

- 4 **Sachstand Velocity**

Es erfolgt ein mündlicher Bericht.

- 5 **Sachstandsbericht Regio-Tram;**
Tagesordnungsantrag aller im Rat der Stadt Aachen vertretenen Fraktionen vom 26. November 2018
Vorlage: FB 61/1096/WP17

- 6 **Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept**

Vorlage: FB 36/0316/WP17

- 6.1 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept**
Vorlage: FB 36/0316/WP17-1
- 7 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019-2022**
Vorlage: FB 36/0318/WP17
- 8 City-Logistik - Standorte für Mikro-Depots**
Vorlage: FB 61/1084/WP17
- 9 Jährlicher Bericht zur Elektrifizierung der Buslinien 33 und 73;**
Ratsantrag von CDU- und SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.09.2016
Vorlage: FB 61/1090/WP17
- 10 Eingeschränkt kostenlose Fahrradtickets für den Busverkehr,**
Ratsantrag der Fraktion Die Linke vom 29.06.2018
Vorlage: FB 61/1091/WP17
- 11 Erneuerung der DB Eisenbahnüberführung Nirmer Straße, Ergebnisse der Vorplanung**
der DB Netz AG
Vorlage: FB 61/1067/WP17
- 12 Busstandplätze Venwegener Straße**
Vorlage: FB 61/1058/WP17
- 13 Ertüchtigung Kohlscheider Straße**
Anträge der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Richterich vom 10.11.2016 und
20.08.2018

Vorlage: FB 61/1081/WP17

**14 Martin-Luther-Straße und Richardstraße - Erneuerung
Ausführungsbeschluss**

Vorlage: FB 61/0964/WP17

**14.1 Martin-Luther-Straße und Richardstraße - Erneuerung
Ausführungsbeschluss**

Vorlage: FB 61/0964/WP17-1

15 Am Burgberg von Friedenstraße bis Fußweg Eichenstraße

**Abrechnung der Erschließungsanlage gemäß §§ 127ff. Baugesetzbuch (BauGB) zum
Zwecke der Erhebung von Erschließungsbeiträgen**

Vorlage: B 03/0129/WP17

16 Kupferstraße von Ludwigsallee bis Ende Bebauung

**Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage
gemäß § 8 KAG NW zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen**

Vorlage: B 03/0128/WP17

17 Mitteilungen der Verwaltung

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Ferrari eröffnet die Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter des Beirats, der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der Presse. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest, sowie die Einhaltung der vereinbarten Vertretungsreihenfolge.

Es werden folgende Änderungswünsche und Anträge zur Tagesordnung (TO) gestellt:

Herr Ferrari schlägt vor, die TOP I/14 und I/14.1 zu vertagen, da wegen Klärungsbedarfs die Ergänzungsvorlage noch nicht vorliegt.

Frau Rhie beantragt, die TOP I/15 und I/16 wegen Beratungsbedarfs abzusetzen. Da Herr Larosch mitteilt, dass dann bei TOP 16 ein Verjährungsproblem besteht, beantragt Frau Rhie, nur TOP 15 abzusetzen.

Die Anträge werden einvernehmlich angenommen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 11.10.2018

Vorlage: FB 61/1072/WP17

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 11.10.2018.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Haushaltsplanberatungen 2019

Vorlage: FB 61/1073/WP17

Die Fraktionen Grüne und Die Linke legen jeweils Änderungsanträge zu den Haushaltsberatungen schriftlich vor, die auch als Anlage zu dieser Niederschrift einsehbar sind.

Herr Neumann findet es begrüßenswert, dass eine ganze Menge Geld in den Haushalt eingestellt sei. Wenn man genauer hinsehe, stelle man fest, dass es sich hauptsächlich um Zuschüsse von Land und Bund handle. Er erläutert die einzelnen Punkte des Änderungsantrags der Fraktion Grüne:

1. Neben Bund und Land sollten von der Stadt auch eigene Gelder für den Ausbau des ÖPNV eingesetzt werden; vorgeschlagen werden 5 Mio. € je Jahr, um den Ausbau weiter voranzutreiben. Dieses Thema sollte ernsthaft angegangen werden.
2. Die Stadt sollte sich auch an der Planung zur Regio-Tram beteiligen. Auch hierfür sollten Mittel eingeplant werden.
3. Eine Überplanung der Aufteilung des Straßenraums bei Ausfallstraßen werde als dringend erachtet.
4. Es sei ein wichtiges Kriterium des Verkehrskonzeptes, die Radvorrangrouten nicht am Grabenring enden zu lassen, sondern weiter zu planen; das müsse auch finanziell unterfüttert werden.
5. Die Fahrräder sollten in Aachen anständig und möglichst überdacht abgestellt werden können, um deren Nutzung auch schmackhaft zu machen. Die bereits geplanten Mittel sollten ab 2020 erhöht werden.
6. Das Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof sollte dringend geplant werden. Die derzeitige Situation sei desolat und nicht tragbar.
7. /8. Für sichere Kreuzungen für den Radverkehr sollten Mittel für Planung und Umsetzung angesetzt werden. Es reiche nicht, nur darüber zu reden. Dafür Mittel einzusetzen, müsse einem die Sicherheit Wert sein.

Frau Breuer teilt mit, sie wolle nicht jeden einzelnen Punkt erörtern, nur darauf aufmerksam machen, dass der Haushalt auch genehmigt werden müsse. So wie im Privatleben, wo man eine Investition auch finanzieren müsse, sollte es hier Gegenvorschläge zur Einsparung geben. Wenn die Politik diese Vorschläge annehme, sei Aachen bald bankrott. Die Möglichkeit zu freiwilligen Leistungen gebe es dann nicht mehr und dann müsse man alles genehmigen lassen.

Herr Klopstein erklärt, auch die Fraktion Die Linke habe einige Punkte zu einem Änderungsantrag zusammengestellt. Ziel sei es, die Gefahr der Fahrverbote zu verringern, aber auch die Attraktivität der Radverkehrsanlagen und die Nutzung des ÖPNV zu steigern.

Frau Rhie findet die Kritik, fast alles werde von Bund und Land finanziert, nicht sehr seriös. Auch diese Mittel müssten erst einmal „verbaut“ und teils vorgestreckt werden. Wenn man sich aber mit der Verwaltung unterhalte, stelle man fest, dass sie personalmäßig an ihre Grenzen stoße.

Herr Neumann weist darauf hin, dass in der Verwaltung noch Stellen eingerichtet werden sollen, die aber wahrscheinlich auch nicht reichen würden, um beispielsweise die Radvorrangrouten über den Grabenring

zu planen. Zu der Frage der Finanzierung der Vorschläge sagt er, es würde sich schon Geld finden, z. B. aus den eingeplanten Mio. € für die Kurhaussanierung.

Der Vorsitzende Herr Ferrari lässt zunächst über die beiden Änderungsanträge abstimmen:

1. über den Antrag der Fraktion Grüne
2. über den Antrag der Fraktion Die Linke

Die Abstimmungen erfolgen zu jedem einzelnen Punkt der Anträge mit folgenden

Abstimmungsergebnissen:

Zu

1. 1. - 6. mehrheitlich abgelehnt bei 5 Zustimmungen
7. - 8. mehrheitlich abgelehnt bei 1 Enthaltung und 4 Zustimmungen
Der Antrag der Fraktion Grüne ist somit abgelehnt.
2. 1. - 2. mehrheitlich mit 10 Stimmen abgelehnt bei 1 Enthaltung und 5 Zustimmungen
3. mehrheitlich mit 11 Stimmen abgelehnt bei 1 Enthaltung und 4 Zustimmungen
4. mehrheitlich mit 10 Stimmen abgelehnt bei 1 Enthaltung und 5 Zustimmungen
5. – 9. mehrheitlich mit 11 Stimmen abgelehnt bei 5 Zustimmungen
Der Antrag der Fraktion Die Linke ist somit ebenfalls abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt ausschließlich der Personal- und Versorgungsaufwendungen die Teilergebnispläne der Produkte

020 701	Entfernen nicht zugelassener KFZ im öffentl. Straßenraum
020 703	Verkehrsrechtliche Genehmigungen
110 101	Koordination Betriebsführung STAWAG
110 102	Verwaltung Stadtentwässerung und Kanäle
110 301	Brunnenversorgung und Bachverrohrung
120 101	Sondernutzung
120 102	Neubau und Unterhaltung von Straßen
120 104	Einräumung von Rechten an Straßen
120 201	Verkehrskonzepte u. Planung Straßen, Wege, Plätze
120 202	Planung, Betreuung u. Unterhaltung Verkehrsanlagen

entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2019 und der Finanzierung 2020 bis 2022 einschließlich der Veränderungsnachweisung sowie der Produktblätter und beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die jeweiligen Teilfinanzpläne zu übertragen.

Der Mobilitätsausschuss beschließt ebenfalls die in den entsprechenden Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2020 bis 2022 einschließlich der Veränderungsnachweisung und beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen der Veränderungen in der Teilfinanzplanung in die Ergebnisplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Enthaltung und 3 Gegenstimmen

zu 4 Sachstand Velocity

Es erfolgt ein mündlicher Bericht.

Herr Prof. Kamker von Velocity hält einen Vortrag, der auch als Anlage eingestellt ist.

Aktuell gebe es 33 Stationen und es seien 175 E-Bikes vorhanden.

Herr Schmidt-Ott teilt mit, er habe sich im Sommer zeitweise große Sorgen um Velocity gemacht. Er habe das Gefühl gehabt, dass wenige Fahrräder im Umlauf gewesen seien und dass für die Kunden nicht immer alles rund laufe. Auch habe er Bedenken gehabt, ob die Zahlen noch i. O. seien. Mittlerweile scheine sich das gelegt zu haben. Er fragt Herrn Kamker nach seiner Einschätzung.

Dieser antwortet, die erste Phase habe ca. 2 Jahre gedauert und sei schwierig gewesen.

Man habe sich als Ziel die Errichtung von 100 Stationen gesetzt. Für diese Aufgabe, die man als Marathon verstehen müsse, brauche man einen langen Atem.

Herr Lindemann berichtet, es sei noch nicht vorgekommen, dass er vor einer leeren Station gestanden habe, wohl aber, dass Räder da waren, aber nicht verfügbar gewesen seien und einmal sei ein Motor während der Fahrt ausgefallen.

Herr Prof. Kamker antwortet, es gebe 2 Gründe für den Ausfall, 1. Der Akku sei leer gewesen oder 2. könne ein Defekt des Motors vorgelegen haben. Zum Thema Antrieb, musste die erste Charge, bei der Defekte aufgetreten sind, reklamiert werden. Sie sei ausgetauscht worden, also sei das inzwischen geklärt. Probleme mit einem leeren Akku könne es immer mal wieder geben. Das mache nachvollziehbar keinen Spaß.

Herr Fischer hat den Eindruck, dass Velocity im 2. Halbjahr richtig aufgeholt habe. Wenn man ein ASEAG-Ticket habe, könne man zusätzlich ein Velocity-Ticket für den Anschluss buchen. Er stellt mit

Verweis auf die Stadt Köln eine Frage bezüglich der Förderung von Pedelec-Verleihsystemen in anderen Städten, die Herr Costard beantwortet.

Herr Prof. Kamker erklärt, die Zusammenarbeit und der Austausch mit der Stadt Aachen sei sehr gut. Der Gründungszuschuss für Velocity bleibe aber hinter anderen Beispielen zurück.

Frau Rhie sieht den Beitrag, den die Stadt geleistet habe, als gut und ausreichend an.

Herr Kamker will seine Äußerung nicht als Kritik verstanden wissen, sondern er habe lediglich auf Unterschiede zu anderen Städten hindeuten wollen. So sei das Verleihsystem in Köln städtisch, so dass dort mit anderen Voraussetzungen gearbeitet werde. Natürlich sei es positiv, dass die Stadt sich hier beteiligt habe. Inzwischen habe sich das Unternehmen auch gut entwickelt und es gebe bedeutend mehr Stationen.

Herr Neumann stellt fest, die Registrierung sei für sehr viele Nutzer schwierig und kompliziert.

Herr Kamker bestätigt, dass die Registrierung relativ aufwändig sei; das Problem beschäftige Velocity schon länger.

Eine Frage der Frau Breuer nach den Standorten beantwortet Herr Kamker. Die Stationen würden sich sowohl auf öffentlichem als auch auf nichtöffentlichem Gelände befinden.

Herr Larosch bejaht die Frage, ob Sondernutzungsgebühren für Stationen auf öffentlichem Gelände anfallen.

Frau Ernst bestätigt auch in diesem Punkt die gute Zusammenarbeit. Wenn die Unterlagen vollständig eingereicht werden, könne innerhalb von 14 Tagen genehmigt werden.

Herr Fischer weist darauf hin, dass einige Velocity-Stationen im Dunkeln liegen und regt an, zu prüfen, wie man die Beleuchtung optimieren kann.

Herr Kamker beantwortet Fragen der Frau Rhie und des Herrn Hammerschick.

Frau Breuer hält Velocity für ein gutes System, bei dem - wie oft nach Unternehmensgründungen - Schwierigkeiten aufgetreten seien. Es werde von vielen angenommen. An erster Stelle stünden die Investitionen, dann müsse auch die Wirtschaftlichkeit beachtet werden, denn es handle sich um ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen. Z. B. bei Cambio laufe es von alleine, bei Velocity werde es voraussichtlich noch länger dauern.

zu 5 Sachstandsbericht Regio-Tram;

Tagesordnungsantrag aller im Rat der Stadt Aachen vertretenen Fraktionen vom 26. November 2018

Vorlage: FB 61/1096/WP17

Herr Müller führt in das Thema ein und stellt Frau Röhl (Städteregion) vor sowie Herrn Sistenich (Vorstand der Initiative Aachen), der einen Vortrag hält; dieser ist als Anlage einsehbar.

Frau Breuer dankt für den Vortrag und lobt den Inhalt, der bereits sehr gut zeige, was machbar ist und welche Schritte noch gemacht werden müssten. Vieles sei noch zu klären. Diese Chance müsse man ergreifen, auch im Rahmen der Diskussion um den Dieselskandal und den Luftreinhalteplan, für die Städteregion, aktuell aber auch für die Stadt Aachen. Die Zuständigkeit müsse dann noch geklärt werden. Der Beschluss der Vorlage sei nun ein erster Schritt hin zur Konkretisierung des Projekts. Sie dankt Herrn Sistenich und der Initiative Aachen auch dafür, dass sie sich schon so lange für das Projekt einsetzen. Man werde sich bestimmt noch öfter im Ausschuss sehen.

Herr Lindemann schließt sich seiner Vorrednerin an. Es sei ein faszinierendes Projekt vorgestellt worden. Besonders positiv hebt er hervor, dass man teilweise auf vorhandene Trassen zurückgreifen könne, außerdem die Kombination aus Innovation und vorhandener Infrastruktur.

Herr Sistenich teilt ergänzend mit, es sei für jede Stadt eine Zusammenfassung geplant mit Beschlussvorschlägen für die jeweiligen Gremien. Dann könne man in die nähere technische Planung einsteigen und später in die Kosten-Nutzen-Analyse. Im Januar seien bereits erste Auftaktveranstaltungen geplant, dann werde man auf die einzelnen Ausschüsse zugehen.

Herr Karrasch stellt eine Frage zur geplanten zukünftigen Tarifierung. Herr Sistenich antwortet, es sei unseriös, bereits jetzt schon etwas über die Kosten zu sagen oder über die zu erwartenden Fördergelder. Geplant sei aber eine Angleichung an die AVV- und NRW-Tarife.

Herr Schulz dankt auch im Namen der SPD-Fraktion für den begeisternden Vortrag, ebenso dafür, dass der Verein die Initiative ergriffen habe. Er hoffe, dass nun die Skeptiker von dem Projekt überzeugt werden können. Herr Sistenich habe sehr viele Neuerungen und Ergänzungen zu bereits vorhandener Infrastruktur vorgestellt. Er habe vollstes Vertrauen darauf, dass die Politik die Planungen unterstützen und durchsetzen könne, sei es für die Menschen, die dort wohnen, oder für die Pendler zu ihren Arbeitsstätten. Es werde sich spürbar auf die Verkehrsströme auswirken.

Herr Neumann erklärt, bei den Problemlagen, die derzeit herrschten, z. B. bei Wohnen und Verkehr, sei das Projekt sehr positiv zu bewerten. Die Fraktion Grüne freue sich auf die Neuerungen.

Herr Achilles spricht sich für seine Fraktion dafür aus, den Beschluss jetzt zu fassen, um die Planungen für dieses sehr positive Projekt auf den Weg zu bringen.

Herr Ferrari erinnert sich, dass man schon einmal für die Planungen zur Euregiobahn zusammen gesessen habe, wobei eine ablehnende Stimmung geherrscht habe. Das sei bei dieser modifizierten Planung nun ganz anders.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Städteregion Aachen, den Kommunen des Nordkreises und dem AVV ein Regio-Tram-Projekt zu erarbeiten und fortlaufend zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept

Vorlage: FB 36/0316/WP17

Siehe TOP 6.1.

zu 6.1 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept

Vorlage: FB 36/0316/WP17-1

Frau Vankann bestätigt auf Nachfrage, dass die Anlagen der Ergänzungsvorlage sich nicht von den Anlagen der Vorlage unterscheiden. Beratungsfolge und Beschlussvorschlag seien um ein Gremium ergänzt worden.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt das gesamtstädtische Konzept zur Anpassung an den Klimawandel - im Sinne eines strategischen Grundsatzprogramms zur Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen bis 2021 - in seinem Zuständigkeitsbereich und beauftragt die Verwaltung, die im Umsetzungsfahrplan enthaltenen Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

MA/44/WP.17

Ausdruck vom: 12.02.2019

Seite: 12/20

zu 7 **Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019-2022**

Vorlage: FB 36/0318/WP17

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt das energiepolitische Arbeitsprogramm 2019-2022 als Grundsatzprogramm zu den geplanten energie- und klimarelevanten Aktivitäten der Stadt Aachen in dem für die Mobilität relevanten Bereichen, vornehmlich Handlungsfeld 4.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 **City-Logistik - Standorte für Mikro-Depots**

Vorlage: FB 61/1084/WP17

Herr Costard hält einen Vortrag, der als Anlage erfasst ist.

Herr Neumann begrüßt im Namen seiner Fraktion, dass das Thema jetzt endlich im Ausschuss behandelt werde. Er fragt, wieviele lokale Akteure beteiligt worden sind; es sei schade, wenn es am Ende nur die großen Unternehmen seien. Weiter fragt er, ob es nicht möglich ist, als Pilotprojekt die Sondernutzungsgebühren zu erlassen.

Frau Breuer meint hierzu, es handle sich dabei um Paketdienst-Unternehmen, die genügend Geld verdienen würden. Sie stellt eine Frage zum konkreten Ablauf und welchen Mehrwert das habe.

Herr Costard erklärt, pro Container kämen je zwei Lastenfahrräder zum Einsatz, oder andere emissionsfreie Fahrzeuge, welche die Pakete dann „auf der letzten Meile“ ausliefern würden. Bezüglich der Fahrzeuge gebe es einige Neuentwicklungen, u. a. von der RWTH Aachen.

Ergänzend erklärt Herr Müller, der Mehrwert liege in der schadstofffreien Lieferung. Zudem nähmen diese Fahrzeuge weniger Fläche in Anspruch, z. B. auch in Fußgängerzonen. Daneben gebe es Systeme mit kleineren E-Fahrzeugen, die man nicht unterbinden wolle.

Frau Breuer findet die Planungen noch zu Innenstadt bezogen; Burtscheid wäre beispielsweise ein gutes Ziel, aber man müsse erst einmal anfangen.

Eine Frage des Herrn Neumann beantwortet Herr Costard. Die Abwicklung könne gebündelt über ein Generalunternehmen erfolgen, der mit den betroffenen Unternehmen abrechnen könne. Dieses könne auch ein städtisches Unternehmen sein. Die Frage sei aber noch nicht endgültig geklärt.

MA/44/WP.17

Ausdruck vom: 12.02.2019

Seite: 13/20

Auf die Frage des Herrn Neumann, ob es nicht im Sinne der Stadt sei, bei ihren Problemen mit dem Lieferverkehr, das Verfahren niederschwellig und mit lokalen Akteuren zu gestalten, antwortet Herr Costard, das sei zwar gewünscht. Es müsse aber auch einer juristischen Prüfung standhalten.

Herr Klopstein weist darauf hin, vor allem in Fußgängerzonen gebe es das Problem, dass LKW die Pflasterung beschädigen würden und fragt, ob man entsprechende Bereiche sperren könnte.

Frau Ernst antwortet, eine Sperrung sei grundsätzlich möglich.

Herr Costard beantwortet noch Fragen des Herrn Lindemann, des Herrn Krott und des Herrn Straub.

Herr Achilles teilt mit, seine Fraktion Piraten begrüße das Projekt sehr, solange die Rahmenbedingungen stimmen. Es sei sinnvoll, den Druck auf die Unternehmen zu erhöhen und nach innovativen Lösungen zu suchen. Dieses Projekt sein ein guter Ansatz. Man sollte es ein Jahr lang testen und dann evaluieren.

Herr Costard sieht schon jetzt einen großen Druck, gespeist aus dem drohenden Dieselfahrverbot. Zudem bekämen die Lieferanten vermehrt „Knöllchen“, vor allem auch durch Meldungen und Anrufe.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bei entsprechender Nachfrage Containerstellplätze zur Einrichtung von Mikro-Depots auf öffentlicher Verkehrsfläche befristet zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 9 Jährlicher Bericht zur Elektrifizierung der Buslinien 33 und 73;
Ratsantrag von CDU- und SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.09.2016
Vorlage: FB 61/1090/WP17**

Herr Hansen, ASEAG zeigt eine auch als Anlage erfasste Präsentation.

Frau Rhie erklärt, ihre Fraktion sei nicht zufrieden mit der Informationspolitik; sie habe Informationen nur auf Nachfrage und teilweise erst heute erfahren. Das sei enttäuschend, nachdem sie schon im Vorjahr darauf aufmerksam gemacht habe. Es gehe nicht darum, die ASEAG vorzuführen. Das sei ein ambitioniertes Projekt. Man wünsche aber, regelmäßiger und in kürzeren Zeitabständen informiert zu werden.

Sie fragt, wie die Finanzierung der Lieferungen bis 2022 geplant ist, vor dem Hintergrund, dass die KP3-Mittel nur bis Ende 2020 gelten.

Herr Lindemann fragt Herrn Hansen, wie er das Vermögen des Unternehmens einschätze, die Probleme in den Griff zu bekommen und welche Optionen auf Alternativen auf dem Markt die Stadt habe.

Herr Hansen antwortet, die ASEAG wisse um die Zeitschiene und die Anforderungen, um die Mittel generieren zu können. Sein Vertrauen in diese Firma sei stark gesunken. Es seien „Basics“, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, aber nicht funktionierten, z. B. ungenügende Sicht über die Schulter auf den Außenspiegel. Man sei geschockt über Fehler, sogar in den Standards, wisse aber nicht, wann Sileo diese Fehler beheben wird, obwohl viele Gespräche geführt worden seien. Die ASEAG arbeite mit Hockdruck daran, was aber Ressourcen binde. Man habe Mut beweisen müssen, da könne auch mal etwas schiefgehen. Seines Wissens werde der Aufsichtsrat regelmäßig informiert.

Herr Fischer gibt sich optimistisch, dass die ASEAG den richtigen Weg beschreite. Es sei ein neues Projekt, dem man eine Chance geben müsse. Er bittet so weiter zu machen.

Herr Klopstein fragt, ob Gas eine Alternative sein kann, wenn sich die Auslieferung von Elektrofahrzeugen weiter verzögert.

Herr Hansen antwortet, das Thema Gas sein ganz klar vom Tisch. Der Einsatz von Wasserstoff sei technisch noch nicht möglich und Lagerung und Transport seien schwierig. Es sei aber eine zukunftsweisende Technik.

Frau Rhie betont, dass Aufsichtsrat und Mobilitätsausschuss zwei verschiedene Gremien sind, die zu trennen seien. Sie bittet, den Mobilitätsausschuss, der ein politisches Gremium sei, zukünftig zu informieren.

Herr Müller berichtet zum Charlemagnebus, dass das holländische Unternehmen Arriba E-Busse einsetze, in Kooperation mit der ASEAG, wenn auch mit einem anderen System. Es sei schade, dass das in Deutschland noch unterentwickelt sei, wobei er aber hervorheben wolle, dass die ASEAG Vorreiter sei. Über die noch auftretenden Probleme beim Charlemagnebus gebe es einen regen Austausch mit den niederländischen Beteiligten; das brauche noch Zeit.

Frau Breuer erklärt, auch in ihrer Fraktion sei man entsetzt über die Entwicklungen. Man könne es aber nicht ändern und bekäme so schnell auch keine Ersatzbusse. Das müsse man hinnehmen. Frau Rhie habe aber Recht, darüber müsse im Ausschuss berichtet werden. Es müsse auch dort diskutiert werden und nicht zuerst in der Zeitung.

Herr Schulz stellt eine Frage zur Verwendung der KP3-Mittel, die Herr Hansen beantwortet.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 Eingeschränkt kostenlose Fahrradtickets für den Busverkehr,
Ratsantrag der Fraktion Die Linke vom 29.06.2018
Vorlage: FB 61/1091/WP17**

Herr Klopstein erläutert den Ratsantrag der Fraktion Die Linke, in dem die Gründe dargelegt wurden. Er sei erstaunt, dass das, abgesehen von den Hauptverkehrszeiten, ein Problem sein soll. Weiter berichtet er, dass Fahrradfahrer mit ihren Rädern den Bus verlassen müssten, obwohl sie dafür bezahlt hätten, wenn z. B. jemand mit Kinderwagen einsteige und Platzmangel herrsche. Das passe nicht zusammen, ein Ticket zu lösen, um dann wieder aussteigen zu müssen.

Herr Müller erklärt, dies spiegle wider, wie die Beförderungsmöglichkeiten seien. Es sei tatsächlich so, dass in diesem Fall der Radfahrer aussteigen müsse; das sei ein Platzproblem.

Nach Meinung des Herrn Achilles könnte man zumindest das Wort „zustimmend“ im Beschlussvorschlag ersatzlos streichen.

Herr Neumann ist der Meinung, wenn ein Radfahrer in so einem Fall sowieso den Bus verlassen müsse, könne man das Mitnehmen des Fahrrads auch kostenlos gestalten.

Herr Lindemann stellt fest, es gehe wieder um kostenlose Tickets und um die Grundsatzfrage, was man dadurch bewirkt. Die Wirkung sei nur marginal und kurzfristig. Es frage sich, ob das auch im Sinne der Luftreinhaltung ist.

Herr Klopstein beantragt, bei dem Beschlussvorschlag das Wort „zustimmend“ zu streichen. Nachdem der Vorsitzende hierüber Einvernehmen festgestellt hat, ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung ~~zustimmend~~ zur Kenntnis. Der Antrag gilt als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Erneuerung der DB Eisenbahnüberführung Nirmer Straße, Ergebnisse der Vorplanung der DB Netz AG

Vorlage: FB 61/1067/WP17

Herr Müller trägt zusammenfassend vor.

Man könne an der Vorlage erkennen, dass die Verwaltung es sich nicht einfach gemacht habe.

Die Bezirksvertretung Aachen-Eilendorf sei dem Vorschlag aus Kostengründen gefolgt und habe einstimmig beschlossen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, den ursprünglich gegenüber der DB Netz AG formulierten Aufweitungswunsch im Zuge der Erneuerung der Eisenbahnüberführung Nirmer Straße zurückzunehmen und im Zuge der DB Baumaßnahme die 2009 beschlossene Planung (FB61/0983/WP15) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Busstandplätze Venwegener Straße

Vorlage: FB 61/1058/WP17

Frau Rhie beantragt, in den Beschluss den von der Bezirksvertretung Kornelimünster/Walheim beschlossenen Zusatz aufzunehmen.

Der Antrag wird einvernehmlich angenommen.

Es ergeht somit der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Einrichtung des Reisebusstandplatzes Venwegener Straße in Höhe Hausnr. 18-20 (Anlage 3).

Darüber hinaus wird gebeten, dass die Verwaltung auf geeignetem Weg die Regelung den Betreibern bekannt macht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Ertüchtigung Kohlscheider Straße

Anträge der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Richterich vom 10.11.2016 und 20.08.2018

Vorlage: FB 61/1081/WP17

Herr Brantin berichtet von der Sitzung der Bezirksvertretung Richterich. Nachdem der Beschluss in der Sitzung im November vertagt worden ist, hat die Bezirksvertretung in ihrer Sitzung am 5. Dezember den Beschluss einstimmig mit Zusatz gefasst, den er erläutert.

Er beantragt, diesen Zusatz in den Beschluss aufzunehmen.

Da darüber Einvernehmen herrscht, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Planung einer Markierungsänderung der Kohlscheider Straße im Einmündungsbereich Roermonder Straße.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Straßen NRW Kontakt aufzunehmen, damit die Kohlscheider Straße in den Landesstraßenbedarfsplan aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Martin-Luther-Straße und Richardstraße - Erneuerung

Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0964/WP17

Gemäß Beschluss in TOP I/1 wurde dieser TOP vertagt.

zu Martin-Luther-Straße und Richardstraße - Erneuerung

14.1 Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0964/WP17-1

Siehe TOP I/14.

zu 15 Am Burgberg von Friedenstraße bis Fußweg Eichenstraße

Abrechnung der Erschließungsanlage gemäß §§ 127ff. Baugesetzbuch (BauGB) zum Zwecke der Erhebung von Erschließungsbeiträgen

Vorlage: B 03/0129/WP17

Dieser TOP wurde gemäß Beschluss in TOP I/1 ebenfalls vertagt.

zu 16 Kupferstraße von Ludwigsallee bis Ende Bebauung

Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG NW zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: B 03/0128/WP17

Herr Larosch erklärt, da diese Abrechnung nur die Oberflächenentwässerung betreffe, seien keine außerordentlich hohen Straßenbeiträge zu erwarten.

Auf Landesebene gebe es Bestrebungen, die Standards für Straßenbeiträge zu überarbeiten. Die Rechtslage lasse aber derzeit nichts anderes zu, als Beiträge zu erheben. Er empfehle deshalb, den Beschluss zu fassen.

Bezüglich des vertagten TOP I/15 müsse er prüfen, ob die Angelegenheit nicht doch der Verjährung unterliege. In diesem Fall müsse ggfls. eine Dringlichkeitsentscheidung veranlasst werden.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage „Kupferstraße von Ludwigsallee bis Ende Bebauung“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NW in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung (SBS).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Neu- und Ausbau der Radroute im Zuge der ehemaligen Bahntrasse Aachen-Jülich

Herr Müller weist auf eine Mitteilung der Verwaltung zu diesem Thema hin, die auch als Anlage eingestellt ist und erläutert den Sachstand.

MA/44/WP.17

Ausdruck vom: 12.02.2019

Seite: 19/20

Marktliner

Herr Müller informiert darüber, dass zum Marktliner Fördermittel in Höhe von etwa 1,8 Mio € beim Bund im Rahmen des Förderprogramms „Sofortprogramm saubere Luft“ beantragt worden seien.

Bewohnerparken BU 2 + BU 3

Herr Müller berichtet, in den Zonen BU 2 und BU 3 seien alle Parkautomaten aufgestellt worden. Es fehlten noch einige Schilder. Er schätze, dass diese Anfang des neuen Jahres stehen und die Bewohner dieser beiden Zonen dann informiert werden können.

Park & Ride

Zum Park & Ride teilt Herr Müller mit, dass derzeit eine große Nachfrage herrsche, die nicht befriedigt werden könne.

Unfall am Hanseemannplatz

Frau Ernst berichtet zum Sachstand der Überprüfungen und Planungen zum Hanseemannplatz nach dem tödlichen Unfall. Nähere Informationen sollen im Januar erfolgen, wenn die Unfallkommission hierzu getagt habe.

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine nichtöffentlichen Mitteilungen der Verwaltung vor.

Um 20.03 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Ferrari
Vorsitzender

Löhrer
Schriftführerin

Gesehen:

Philipp
Oberbürgermeister

MA/44/WP.17

Ausdruck vom: 12.02.2019

Seite: 20/20